

# Die Bürgergesellschaft ist tot! Es lebe die Bürgergesellschaft!

Michael Borchard

Occupy, Piraten, „Mehr Demokratie“, Stuttgart 21 und Konsorten sind die Symptome, die „Krankheit“ scheint tiefer zu liegen, und sie ist wie viele Erkrankungen komplex in Ursache und Wirkung. Allein schon einen Namen für die Malaise zu finden ist kein einfaches Unterfangen: Sehnsucht nach mehr Demokratie? Arroganz der Macht? Niedergang der Volksparteien, ja des Parteienstaates? Entfremdung von Bürgern, Politik und Staat? Am Ende stellt sich sogar die Frage, wie ernst es um den Patienten „Demokratie, Staats- und Politikvertrauen“ wirklich bestellt ist. Alles übertrieben und nur Hypochondrie, oder drohen ernsthafte irreversible Schäden?

Auch sind die Ausprägungen der „Krankheit“ und die möglichen Gegenmaßnahmen – ebenfalls für Mediziner kein ganz ungewohntes Bild – äußerst ambivalent und die Gegenmaßnahmen nicht einfach. Um ein Beispiel zu nennen: Einerseits ist der – demoskopisch eindeutig feststellbare – Wunsch nach mehr plebiszitären Elementen überdeutlich, aber die durchgeführten Volksentscheide erzielten andererseits noch weniger Beteiligung als die Wahlen.

Schnelle und vordergründige Therapien gibt es nicht, und doch besteht akuter Handlungsbedarf, wenn Vertrauen in die eigene Gesundheit nicht verspielt werden soll. Denn subjektiv, das gehört nach eingehender Untersuchung zu den unabwiesbaren Befunden, ist feststellbar, dass es eine – wenn auch diffuse – Sehnsucht nach mehr Mitbestimmung, nach

Transparenz und Erklärungen gibt. Politik und Staat werden als „abgehoben“, als fern von den sogenannten „kleinen Leuten“ gesehen, zu denen sich immerhin laut Allensbach rund zweiundsechzig Prozent der Bevölkerung zählen. Der politische Betrieb gilt in der Wahrnehmung der Menschen als selbstreferenziell, und seine Sprache wird nicht verstanden.

## Konzept oder Sonntagsansprache

Schon seit Jahrzehnten versuchen Politik, Wissenschaft, Stiftungen und Gesellschaft den Menschen die Vorstellung einer Bürgergesellschaft, oft noch mit dem Attribut „aktiv“ versehen, schmackhaft zu machen. Damit sollen – sozusagen als „Multivitaminpräparat“ – gleich mehrere Probleme wegtherapiert werden, die hinter der vermeintlichen oder tatsächlichen Entfremdung von Bürgern und Staat stehen: Eine Entlastung des überforderten (Sozial-)Staates und der leeren öffentlichen Kassen durch mehr Eigenverantwortung, mehr Effizienz bei der Bewältigung von Problemen durch eigene Aktivitäten; der politikferne, passive Bürger soll zum aktiven politischen Gestalter seiner Lebensumwelt werden; Subsidiarität soll als Aufbauprinzip unserer Gesellschaft ernst genommen werden; der Bürger selbst soll sich ernst genommen und gefragt fühlen, er soll mitbestimmen können. Bürgerschaftliches Engagement, so hat bereits vor zehn Jahren die Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ in ihrem Abschlussbericht festgestellt, berge

ein erhebliches Demokratisierungspotenzial! Klingt alles sehr plausibel, aber leider auch ein wenig nach der buchstäblichen Sonntagsansprache. Warum hat – trotz vieler kluger Reden, Papiere und guter Ansätze – dieses Konzept noch nicht den Siegeszug angetreten, der ihm eigentlich vergönnt sein sollte?

### **Begriff ohne Begeisterung und Problembezug**

Erste These: Dem Terminus „Bürgergesellschaft“ fehlt die Überzeugungskraft. In „Fokusgruppen“ bestätigen die Befragten: „Bürger bin ich, zur Gesellschaft gehöre ich – wo ist die Verheißung?“ Der Begriff selbst setzt keine Begeisterung frei. Aber, das ist die zweite These, er trifft auch nicht den Kern des Problems: In Deutschland wird der Begriff der „Bürgergesellschaft“ seit Jahren primär aus einer eher angelsächsischen Perspektive betrachtet, nämlich als anti-etatistischer Begriff interpretiert. Freiräume, so die Vorstellung, müssen gegen den übermächtigen Staat erstritten werden, dessen Einfluss letztlich zurückgedrängt werden muss. Bürgerengagement tritt an die Stelle staatlicher Leistungen, und der Staat konzentriert sich auf seine Kernaufgaben. Eine schöne Vorstellung, aber kurzfristig eher unrealistisch und eine weitere Ausprägung des „Henne-Ei“-Problems: Großflächiges politisch und gesellschaftlich wirklich gestaltendes Engagement, aktive Partizipation, die dann im Idealfall wirklich staatliches Handeln ersetzen wird, kann ohne die entsprechenden Rahmenbedingungen nicht entstehen. Vor allem ist es vollständig naiv zu glauben, dass es Menschen in großer Breite dazu ermuntert und auffordert, sich für das Gemeinwesen zu engagieren, wenn sie den Eindruck haben, sie müssen mit ihrem persönlichen Einsatz Defizite auffüllen, die der überschuldete Staat nicht mehr selbst schließen kann. Als Ausfallbürgen und Lückenbüsser wollen sich die Bürgerinnen und Bürger nicht ein-

spannen lassen. Die persönliche – und durchaus nachvollziehbare – Empfindung der Menschen ist: Ich zahle Steuern, dafür erhalte ich eine an vielen Stellen nur mäßige Gegenleistung, und nun soll ich für den Rest auch noch einstehen, weil der Staat über seine Verhältnisse gelebt hat. Wo ist da der Sinn? Menschen handeln in erster Linie zweckrational. Sie werden sich dann mit ihrer ganzen Kraft einsetzen, wenn sie den konkreten Sinn und Nutzen einer Maßnahme, eines Projektes für sich oder ihre unmittelbare Umgebung erkennen.

### **Individuelle Lösungen im eigenen Interesse**

Es geht deshalb, so die dritte These, nicht nur um eine „Gesellschaft der Bürger“, die ihre Freiheit nutzen, sondern es geht auch um ein anderes, ein neues Verhältnis zwischen Bürgern und dem Staat und um ein anderes Staatsverständnis.

Mit den klammen Kassen wird man niemanden für mehr Einsatz begeistern, wohl aber mit einem Hinweis darauf, dass heute Probleme ungleich komplexer geworden sind. Das Stichwort der „neuen Unübersichtlichkeit“ beschreibt, wie differenziert und segmentiert unsere Gesellschaft heute ist. Die eine Maßnahme die wirkt, das eine Hemd, das allen passt, gibt es nicht mehr. Gerade da, wo Probleme besonders drückend werden, gilt es zu vermitteln, dass Lösungen, die von den Bürgerinnen und Bürgern ganz persönlich als sinnvoll empfunden werden, niemals allein durch staatliches Handeln entstehen können, sondern erfordern, dass sie sich informieren und einbringen – in ihrem ureigensten Interesse.

Dahinter stehen Wertewandelsprozesse: Der „Papst“ der Werteforschung, Helmut Klages, spricht von einem Wertemix, der sich etabliert hat. Die 1968er-Zeit hat die sogenannten „modernen“ individuellen Werte wie Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung stärker denn je in

den Vordergrund gebracht. Seit den 1990er-Jahren gibt es aber die parallele Entwicklung, dass auch die „traditionellen“ Werte, die eher gemeinschaftsbezogen sind, wieder an Bedeutung gewinnen. Konkret bedeutet das: Der Idealismus ist keinesfalls gestorben, aber die große und bestehende Bereitschaft, sich für die Gemeinschaft einzusetzen, korreliert mit dem Bedürfnis, dabei auch die individuellen Interessen nicht aus dem Blick zu verlieren.

### **Attraktivität begrenzter Initiativen**

Das hat, so These vier, Folgen für die Art des Engagements: Zeitlich begrenzte regionale und lokale Initiativen mit planbarem und begrenzbarem persönlichen Einsatz werden von der Mehrheit der Menschen bevorzugt. Die großen Organisationen hingegen wie die Parteien und die Gewerkschaften leiden seit vielen Jahren bereits an der abnehmenden Bereitschaft der Menschen, sich an solche Institutionen dauerhaft zu binden. Die großen Volksparteien haben dieses Problem längst erkannt, aber sie haben noch nicht die notwendigen Konsequenzen daraus gezogen: Die unzähligen Initiativen, die für etwas stehen und die den Gedanken der Eigenverantwortung ernst nehmen, wie beispielsweise die Initiativkindergärten, bei denen sich Eltern zusammenschließen und auf eigene Faust Kindertagesstätten aufbauen, empfinden die Volksparteien und ihre Mandatsträger nicht immer als Verbündete, sondern nicht selten als Blockierer.

Wer einen solchen Weg geht, ist aber auf wohlwollende Unterstützung dringend angewiesen. Wer, um beim Beispiel zu bleiben, einen Kindergarten gründet, der steht permanent in der Gefahr, Gesetze zu verletzen, weil er den Dschungel an bürokratischen Vorschriften kaum überblicken kann. Warum greifen die Parteien diese Unsicherheit und die Chance, sich als Ansprechpartner solcher

Initiativen anzubieten, nicht beherzter auf? Was die CDU betrifft, so hat die Mitgliederumfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung ergeben, dass die CDU bei den Verbänden und Organisationen – von kirchlichen Verbänden und Sportvereinen bis zu den Gewerkschaften – noch immer recht gut repräsentiert ist. Aber nicht einmal zwei Prozent der Mitglieder der Union sind zugleich auch in solchen Initiativen aktiv. Das „Unwort“ des vopolitischen Raums, das eine künstliche Grenze zwischen „der Politik“ und „den Bürgerinnen und Bürgern“ zieht, darf nicht unser Bild von einem vertrauensvollen Miteinander sein.

Dass die Union nicht als natürlicher Partner einer Engagementgesellschaft betrachtet wird, ist deshalb einigermaßen fatal, weil ihr Menschenbild und ihre programmatischen Vorstellungen sie wie keine andere Partei dazu prädestinieren, hier eine führende Rolle zu spielen und für ein anderes Miteinander von Bürgern und Staat zu stehen.

### **Engagement und christliches Menschenbild – die Aufgaben**

Nach ihrem Freiheitsverständnis geht es nicht primär nur um die Freiheit von Beschränkungen, sondern um die Freiheit zu verantwortungsbewusstem Handeln. Diesem Menschenbild ist ein oberflächlicher Paternalismus fremd. Dem christlichen Menschenbild entspricht viel mehr, die Menschen wirklich ernst zu nehmen, sie partnerschaftlich zu sehen und zu behandeln. Dem entspricht ein freiheitlicher Staat, der Engagement niemals anordnen kann, aber immer wieder signalisieren muss: Ich will, dass Du Dich beteiligst, dass Du mitmachst, dass Du die Initiative ergreifst. Ich kann Dir zwar weder Mühen noch Risiken abnehmen, aber ich räume Dir Hürden aus dem Weg, ich gebe Dir einen verlässlichen Rahmen, ich ermuntere Dich und ich erkenne vor allem an, was Du tust.

Die Parlamentarierinnen Julia Funk (links) und Pia Flender (rechts) nehmen am 28. Januar 2011 im Sitzungssaal des Rathauses in Lingen (Landkreis Emsland) an einer öffentlichen Sitzung des Kinder- und Jugendparlaments (KiJuPa) teil und halten ihre Stimmkarten nach oben.

© picture-alliance/dpa, Foto: Friso Gentsch



Darauf baut die These fünf auf: Ein neues Miteinander von Bürgern und Staat stellt sich nicht von allein ein. Wir brauchen eine Ordnungspolitik für die Bürgergesellschaft, wenn wir sie wirklich realisieren wollen. Diese Ordnungspolitik für mehr Engagement muss systematisch fünf Probleme lösen: Sie muss *erstens* der Kommunalpolitik einen neuen Stellenwert und eine neue Ausrichtung geben. Überall da, wo sich die Lage – beispielsweise bei der Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels – gegen den Trend positiv entwickelt, steht dahinter meist ein beispielhaftes Miteinander von pfiffigen Bürgermeistern und Stadträten und klugem Bürgerengagement. Bürgerengagement und Kommunalpolitik müssen in unserem Bewusstsein immer zusammen gedacht werden. Zentralistisches Denken wird nicht nur den Problemen nicht gerecht, es verhindert auch die Entstehung von Verantwortung.

*Zweitens* muss eine Ordnungspolitik für mehr Engagement vor allem Bürokratie beseitigen. So wichtig Standards und Regeln im Einzelnen sein mögen, ihr Übermaß tötet jede Bereitschaft für persönlichen Einsatz ab. Wer wirklich mehr Engagement will, muss Hemmnisse abbauen und Freiräume schaffen.

*Drittens:* Familien- und Bildungspolitik sind die „Mütter“ der Engagementpolitik. Alle Studien zeigen: Die Bereitschaft zu Engagement ist in keiner anderen Bevölkerungsgruppe so stark vertreten wie in Familien. Wer Familien – vor allem auch zeitliche – Entlastung verschafft, der unterstützt Engagement. Und die Studien zeigen auch, dass die Förderung von Engagementbereitschaft früh beginnen muss. Die Erfassung von beispielhaften Lebensläufen hat gezeigt, dass die weit überwiegende Mehrheit der Menschen, die sich engagieren, damit bereits in der Jugend oder der Kindheit begonnen hat. Und doch sind Pro-

jekte an den Schulen, die sich wirklich mit bürgerschaftlichem Engagement befassen und zu konkreten Einsätzen anleiten, immer noch die Ausnahme.

*Viertens:* Engagement und Partizipationsbereitschaft brauchen Anlaufstellen: keine „Ehrenamts- und Bürgergesellschaftsbehörde“, die sich keine Gemeinde leisten könnte, aber zum Beispiel den kommunalen Engagementbeauftragten, der als ehemaliger Beamter – ebenfalls ehrenamtlich oder mit geringer Aufwandsentschädigung – Know-how vermittelt, Ansprechpartner benennt und auf Chancen und Risiken hinweist. Oft wird zudem die Tatsache übersehen, dass in den Skalen der Umfrageinstitute nicht nur der Bundespräsident – unter normalen Umständen und in normalen Zeiten – an der ersten oder einer der oberen Stellen rangiert, sondern auch die Stadtverwaltung. Fünfzig Prozent und mehr schenken den Beamten und Angestellten um die Ecke und der Institution, die sie repräsentieren, Vertrauen. Das ist ein ungeheuer wertvolles Startkapital für die engagementorientierte Kommunalverwaltung.

Flächendeckende Wirkung von Engagement und Partizipation erfordert die Vernetzung der Akteure. Landesnetzwerke für mehr Engagement, Landesstiftungen, die sich der Bürgergesellschaft widmen – wie es sie zum Beispiel in Thüringen oder Baden-Württemberg gibt –, weisen in die richtige Richtung. Freiwilliges Engagement ist freiwillig und muss es auch bleiben, aber ohne jede Infrastruktur wird es seine volle Kraft nicht entfalten können.

*Fünftens:* Das Dialogverhalten von Politik, Partei und Staat auf der einen und den Bürgerinnen und Bürgern auf der anderen Seite muss sich verändern. Warum finden so wenige kommunale Ideenwettbewerbe statt, in denen kreative Ansätze wirklich eingefordert und prämiert werden? So niedrig die Beteiligungsraten auch sein mögen: Warum nicht regelmäßig – selbst

und kostengünstig veranstaltete – kommunale Umfragen per Brief und Rückantwort, die Problemlagen und Lösungsansätze vor Ort ermitteln? Warum wird bei einem kommunalen Großprojekt die offene und transparente Kommunikation erst dann begonnen, wenn die Entscheidungen längst gefallen sind? Auch die Sprache ist entscheidend: Verklausulierte Verlautbarungen führen nicht zu mehr Beteiligung! Ohne sachlichen und konstruktiven Klartext vermutet der engagierte Bürger Hintergedanken und fühlt sich nicht ernst genommen. Solche Dialoge, sind es nun formale Beteiligungsverfahren, Umfragen, Anhörungen oder was auch immer, dürfen vor allem eines nicht sein: folgenlos! Bürgerinnen und Bürger, die sich beteiligen und engagieren, aber den Eindruck haben, dass ihre Hinweise und Ideen unbeachtet bleiben und nicht einmal der eingehenden Erörterung für würdig befunden werden, werden sich enttäuscht zurückziehen.

## Vertrauen in die Gesundung

Neben diese ordnungspolitischen Ansätze muss aber vor allem Zuversicht treten. Um beim Eingangsbild der „Erkrankung“ zu bleiben: Ohne Hoffnung und Vertrauen in die eigene Gesundung ist jede Therapie zwecklos. Wer nicht daran glaubt, dass ein neues Miteinander von Bürgern, Staat und Politik gelingen kann, der wird niemanden begeistern und mitreißen. Auf einem Bremer Stadttor findet sich die Inschrift: „Die Staaten haben neben Gott keinen sicheren Schutz als die Tugend ihrer Bürger.“ An Beweisen dieser Tugend hat es in der Vergangenheit nicht gemangelt. Auch wenn Ehrenamt und Bürgerengagement nicht gleichzusetzen sind: Die Tatsache, dass Deutschland im europäischen Vergleich noch immer überdurchschnittlich bei der Engagementbereitschaft abschneidet, beweist doch, dass Gemeinsinn in unserem Land keine verloren gegangene Eigenschaft ist.